



Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Leiter der Infrastrukturreinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Armut in Europa – Ist die ambitionierte Zielgröße noch zeitgemäß?

Die Europäische Kommission hat sich vor fast genau einem Jahr ein ehrgeiziges und auch neues Ziel gesetzt, das als Weiterentwicklung des Lissabon-Vertrages gilt. Es geht um die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Unter der als Strategie „Europa 2020“ verabredeten europäischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialagenda einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf das Ziel, in den nächsten zehn Jahren mindestens 20 Millionen Menschen einen Weg aus der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu eröffnen. Ein ausgesprochen ambitioniertes Ansinnen, denn dies würde implizieren, die derzeit für die Euroländer geschätzte Zahl der von Armut betroffenen von rund 80 Millionen Menschen um ein Viertel zu senken.

Dieser Beschluss wurde unter dem Eindruck der Bilanzierung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise gefasst und auf Basis der Einsicht beschlossen, dass die schwächsten Bürgerinnen und Bürger der europäischen Staaten am härtesten von der Krise getroffen werden. Es fällt schwer, sich diesem hehren Ziel zu verweigern; welcher Politiker oder auch steuerzahlende EU-Bürger wollte sich nicht dafür einsetzen, Armut und soziale Ausgrenzung abzubauen. Aber der Fluch liegt im Detail solcher Indikatoren. Denn die methodischen Ansprüche an soziale Indikatoren, die als Zielgrößen auch für Zwecke der politischen Steuerung verwendet werden, sind hoch. So soll ein Indikator robust und statistisch korrekt sein, er sollte direkt auf politische Maßnahmen reagieren, aber zugleich nicht manipulierbar sein. Ob hinsichtlich der Armutsdefinition bereits die methodischen Voraussetzungen erfüllt sind, muss auch vor dem Hintergrund der in Deutschland gesammelten Erfahrungen bei der Erstellung der bisher drei veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte bezweifelt werden.

So verwundert es auch nicht, dass bereits im April 2011, als nämlich die Mitgliedstaaten ihre nationalen Reformprogramme zur Einlösung der Europa-2020-Ziele mitteilten, auf die einfache Addition der 27 EU-Staaten verzichtet und lapidar vermerkt wurde, dass das Ergebnis wegen Unterschieden in den nationalen methodischen Berechnungsweisen nicht

ermittelbar sei. Mit anderen Worten: Das große Ziel wird ein leeres Versprechen bleiben und wenig geeignet sein, das in den letzten Wochen von Politikern vielfach beschworene Vertrauen in das Projekt eines gemeinsamen Europas zu fördern.

Was bei Ökonomen schon lange als Binsenweisheit gilt: „There is no free lunch“, dämmert zunehmend auch den EU-Bürgern, deren Regierungen für die gemeinsam gesteckten Ziele der EU in die Verantwortung genommen werden. Zugeständenermaßen wurde bei der Verkündung des Programms in aller Vorsicht darauf hingewiesen, dass das neue Jahrzehnt vermutlich überwiegend von öffentlichen Ausgabenkürzungen geprägt sein wird und das Vertrauen durch das Beschreiten neuer partizipativer Wege gestärkt werden müsse, die die Effizienz von Maßnahmen steigern können. Auf gut Deutsch: Das Ziel wurde verkündet ohne zusätzliches Geld zur Bekämpfung von Armut in Aussicht stellen zu können. Aus den drei Armuts- und Reichtumsberichten sollte sich die Erkenntnis durchgesetzt haben, dass die Bekämpfung der Ursachen von Armut ein langwieriger Prozess ist, und schnelle Erfolge gerade in Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht realistisch sind.

Mittlerweile hat sich die Eurokrise dramatisch verschärft, und gerade die Länder mit den ehrgeizigsten Zielen der Armutsreduktion (Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland) sind diejenigen Länder der Eurozone mit in den letzten Monaten drastisch verschärften Sparauflagen zur Begrenzung der nationalen Verschuldung öffentlicher Haushalte.

Muss es der protestierende Wut-Bürger in Athen nicht als geradezu zynisch erachten, dass Europa nach wie vor das Ziel verfolgt, in seinem Land in den nächsten Jahren die Armut zu bekämpfen und um ein Viertel zu senken? Ist es nicht viel realistischer, dass es schwer genug sein wird, die bereits jetzt bestehende Ungleichheit zwischen den EU-Staaten nicht noch weiter zu vertiefen? Sind die Ziele zu hoch gesteckt, ist ein Scheitern nahezu programmiert, und die Akzeptanz und das Vertrauen in die europäischen Institutionen werden mit Sicherheit nicht wachsen. Eine Anpassung des Zielwertes erscheint deshalb dringend geboten, um nicht das Ziel selbst in Misskredit zu bringen.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
78. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
PD Dr. Joachim R. Frick  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spiels  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Sabine Fiedler

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
PD Dr. Elke Holst  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner  
Dr. Markus M. Grabka

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.